

Originalt täglich
Preis 6 1/2 Ngr.
Abgaben und Gebühren
Jahresbeitrag 33.
Bezahlungen der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Freitag 4-6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 14,900.
Abonnementspreis viertel, 4 1/2 Ngr.,
incl. Frangirlos 5 Ngr.,
durch die Post bezogen 6 Ngr.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Geschäft für Extrablätter
ohne Postbeförderung 26 Ngr.
mit Postbeförderung 46 Ngr.
Jahresbeitrag 33 Ngr. 20 Pf.
Größere Schriften laut auferen:
Preisverzeichniß — Tabellarischer
Sach nach höherem Tarif.
Kleinere unter dem Buchdrucktarif
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind nach an d. Expedition
zu zahlen. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postwechsel.

№ 31.

Mittwoch den 31. Januar 1877.

71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

An unserer höheren Bürgerschule für Mädchen ist zum 1. April d. J. eine mit 2250 \mathcal{L} Jahresgehalt dotirte Oberlehrerstelle zu besetzen.
Akademisch gebildete Bewerber mit der Befähigung zur Unterrichtserteilung im Deutschen, Französisch und möglichst auch im Englischen wollen ihre Gesuche unter Beifügung ihrer Zeugnisse und eines kurzen Lebenslaufes spätestens bis
zum 1. März d. J.

bei uns einreichen.

Leipzig, den 29. Januar 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Weiß, Ref.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission aufgeschriebene Lieferung von Granitsteinen für die Wasser- schieber und Posten des hiesigen Röhrnnetzes ist vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Submittenten hiermit ihrer Offerten entbunden.
Leipzig, am 29. Januar 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Wangemann.

Holzauktion.

Montag den 5. Februar a. c. sollen von Vormittag 9 Uhr an im Forstreviere **Connewitz** auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 16a und 17a
ca. 11 Raummeter eichene **Hauscheite**, sowie 331 Raummeter eichene, 23 Raummeter
buche, 16 Raummeter rüsterne, 38 Raummeter erlene und 4 Raummeter lindene
Brennscheite

unter den im Termine an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage im sogenannten Streitholze bei Connewitz, unweit der Wasserleitungsanlage.

Leipzig, am 24. Januar 1877.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines **händigen Küchengehilfen** bei den vereinigten Parochien Leipzigs, mit welcher ein jährlicher Gehalt von 2400 \mathcal{L} verbunden ist, soll alsbald besetzt werden.
Wir fordern geeignete Bewerber hierdurch auf, ihre diesbezüglichen Gesuche bis zum **20. Februar dieses Jahres** bei uns einzureichen.
Leipzig, den 29. Januar 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Meißerschmidt.

Holzauktion.

Freitag den 2. Februar 1877 sollen von Vormittag 9 Uhr an im Forstreviere **Burgau** in der Nähe des Forsthauses und der Ehrenberger Wiesen, am kleinen Gerabe,
ca. 26 Rmtr. eichene **Hauscheite**, sowie 239 Rmtr. eichene, 68 Rmtr. buche,
37 Rmtr. rüsterne, 3 Rmtr. erlene, 13 Rmtr. lindene und 9 Rmtr. asperne **Brennscheite**
unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 1a in der Nähe des Forsthauses Burgau.

Leipzig, am 8. Januar 1877.

Des Raths Forstdeputation.

Mugholz-Auktion.

Freitag den 9. Februar a. c. sollen von Vormittag 9 Uhr im Forstreviere **Connewitz** auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 16a und 17a
ca. 81 eichene, 43 buche, 1 eichene, 54 rüsterne, 19 erlene und 3 lindene **Mug-
flöße**, sowie 14 eichene und 7 erlene **Schirrbölzer**
unter den im Termine an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage im sogenannten Streitholze bei Connewitz, unweit der Wasserleitungsanlage.

Leipzig am 24. Januar 1877.

Des Raths Forstdeputation.

Leipzig, 30. Januar.

Zum Thema „Die eine liberale Partei“ schreibt die „Nat. Corresp.“: Seht, nachdem der Wahlkampf vorüber, drängt sich die Frage auf, wie in Zukunft das Verhältnis der Parteien sich gestalten soll. Bisher war man gewohnt, von einer einzigen liberalen Partei zu sprechen; in der That wurde die Scheidung in nationalliberale und fortschrittliche Reaction im Lande überaus deutlich als auf einer Meinungsverschiedenheit über die parlamentarische Taktik, nicht aber als auf eigentlich grundsätzlichen Verschiedenheiten beruhend angesehen. Heute kann diese Anschauung nicht mehr aufrecht erhalten werden. Nicht als ob die nationalliberale Partei ihren Standpunkt verändert hätte. Trotz aller Bewerbungen von gemäßigter conservativer und von ultramontaner Seite, trotz ihres grundsätzlichen Bestrebens, sich mit der Regierung über die Fragen der Gesetzgebung zu verständigen, ist sie eine liberale Partei geblieben. Diejenigen Elemente der Fortschrittspartei aber, welche dem jüngsten Wahlkampf die Signatur gegeben haben, sind nicht mehr die Vertreter eines gesunden Liberalismus, sie geben sich als die Vertheidiger der radicalen Opposition und Negation. Auch bisher ist diese Richtung in der Fortschrittspartei unserer Parlamente über zum Durchbruch gekommen; aber es dürfte gehofft werden, daß sie sich in der praktischen Arbeit an den nationalen Aufgaben je länger je mehr abschwächen werde. Wesentlich auf dieser Voraussetzung beruhte das freundschaftliche Verhältnis, welches die nationalliberale Partei zur Fortschrittspartei unterhielt. Die Ereignisse der letzten sechs Wochen haben diese Voraussetzung widerlegt. Die Wortführer der Fortschrittspartei in den Wahlsammlungen wie in der Presse haben zwischen ihr und der nationalliberalen Partei eine Kluft constatirt, weit tiefer und principieller, als der Abstand ist, welcher die Nationalliberalen von den Freiconservativen trennt. Von der „einen liberalen Partei“ im früheren Sinne kann, zur Zeit wenigstens, nicht mehr die Rede sein. Daß dieser Riß, der das freisinnige Bürgerthum Deutschlands zerspalte und gegen sich selbst in den Kampf treibt, doppelt zu beklagen ist im Augenblicke des Aufschwells der Socialdemokratie, wird allgemein empfunden; nicht minder die Nothwendigkeit, den Riß zu beseitigen. Aber darüber soll sich Niemand täuschen: ein Zusammengehen zwischen nationalliberaler und Fortschrittspartei in der bisherigen Weise ist nur dann wieder möglich, wenn die letztere sich emancipirt von dem sie terrorisirenden Radicalismus, wenn sie sich klar und entschieden eine Operationslinie vorzeichnet, welche erkennen läßt, daß sie Positionen zu schaffen, nicht in unfruchtbarer Oppositionsmacherei ihre Stärke zu suchen entschlossen ist. Zu unserer Freude erleben wir aus einem der hervorragendsten Provinzialorgane fortschrittlicher Richtung, daß dies sonnenklare Gebot der Situation im Lande sehr wohl verstanden wird. Die „Dresdener Zeitung“ sagt offen heraus: „Damit diese Hoffnung“ — auf das dauernde Wiederzusammengehen von nationalliberaler und Fortschrittspartei —, „von welcher die Zukunft der liberalen Partei abhängt, sich erfülle, ist es aber vor Allem nothwendig, daß diese Partei ihr politisches Programm einer Durchsicht unterziehe, um alle diejenigen Punkte aufzudecken, die lediglich theoretischer Natur sind, während sie für die praktische Thätigkeit der liberalen Partei in

unseren Parlamenten keinen Zielvorschlag hergeben können, wenigstens so lange nicht, als sich nicht im neuen Reich eine allseitige Anerkennung der neuen Grundlagen vollzogen hat, so daß kein Conflict zwischen der Mehrheit der Volksvertretung und der Regierung mehr im Stande ist, an der Fortdauer verfassungsmäßiger Zustände auch nur leise Zweifel aufkommen zu lassen.“ An welche Adresse diese Ermahnung zur Aufhebung der „Anspruchspuncte für theoretische Rechthaber“ allein gerichtet sein kann, bedarf keines Wortes. Und am Schluß des Artikels heißt es: „Es müßte geradezu ein Wunder sich ereignen, wenn nicht ein „Conflict“ zwischen Reichsregierung und Reichstag, durch eine oppositionelle Mehrheit des letzteren herausbeschworen, dem Herinbruch der Reaction gegen die Einheit und die Freiheit die Schlingen öffnete. Die liberale Partei wird gut thun, die Augen auf eine solche Eventualität gerichtet zu halten; es liegt darin eine Warnung vor der Aufstellung von hochtönenden Programmpuncten, die, wenn damit Ernst gemacht werden sollte, nur zu einer politischen Katastrophe führen können, welche leider nicht bloß unbesonnene Rathgeber politisch vernichten würde.“ Wir wollen nicht mit der „Dresdener Ztg.“ darüber rechten, daß ihr diese Erkenntnis nicht schon vor 1 1/2 Monaten gekommen; wir begnügen uns, die scharfe Verurteilung des ganzen Verhaltens der Fortschrittspartei in der jüngsten Zeit mit Genugthuung zu registriren und können nur wünschen, daß die Aufklärung, aus der sie hervorgegangen, innerhalb der Partei die Oberhand gewinne. Die tonangebenden Führer und Blätter in Berlin sind davon freilich noch himmelweit entfernt. Ihr ganzes Sinnes und Trachten bewegt sich bermalen in dem einen Gedanken, ob ihre Fraktion in dem neuen Reichstage 32, oder ob sie 34 Sitze einnehmen wird. Daneben wird weidlich weiter geschimpft auf die Nationalliberalen, ja die „Volkszeitung“ ist zu der Erkenntnis gelangt, daß die Spaltung der liberalen Partei gerade im Hinblick auf die Socialdemokratie ein wahrer Segen sei. Man darf gespannt darauf sein, wie lange die zur Fortschrittspartei zählenden Liberalen im Lande sich diese Staatseigenschaft noch gefallen lassen wollen. Wir unsererseits haben wenig Lust, jenen Prophezen der Fortschrittspartei nachzugehen, die seit Jahren auf den Zerfall der nationalliberalen Partei spekulirt und damit nur das Sprichwort von den Wirkungen des Hoffens und Darrens wahr gemacht haben, aber wir wiederholen es — darüber kann kein Zweifel sein: ohne einen sehr tiefgreifenden innern Läuterungsproceß der Fortschrittspartei wird das alte Verhältnis zu den Nationalliberalen, wie die „eine liberale Partei“ nicht wiederhergestellt werden.

Es wurde schon früher erwähnt (schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“), daß die socialistische Partei ohne Zweifel von allen die beträchtlichsten Summen auf die Wahlpropaganda verwendet: die mit der Hand arbeitenden Classen haben zu diesem Zwecke bereits früher 1/2 Millionen hergegeben, und zu den Stichwahlen dürften ihnen leicht noch weitere 100,000 \mathcal{L} entlockt worden sein. Die Wahlauflage wird theils durch freiwillige Beiträge, durch Tellerfammlungen in den Vereinen und ähnliche Mittel, hauptsächlich aber durch die Erhebung von Eintrittsgeldern zu den Versammlungen (gewöhnlich 10 Pf. pro Kopf) erhoben. Nach der Versicherung der socialistischen Organe

läßt die Opferfreudigkeit der Parteigenossen Nichts zu wünschen übrig: in Offen z. B. brachte eine nicht ansehnlich zahlreich besuchte Parteiverammlung in kurzer Zeit die Summe von 90 \mathcal{L} auf. Wenn man auch die straffe Organisation der Socialdemokratie, die Thätigkeit der Agitatoren, die aus der Agitation ein Gewerbe machen und häufig keine andere Lebensbeschäftigung haben, in reichlichen Anschlag bringt, so bleibt doch noch immer die Höhe der dem Proletariat bloß zu den Reichstagswahlen abgepressten Summen eine auffallende Erscheinung. Freiwillige Beiträge pflegen sonst nie bedeutende Summen zu erzielen: woher kommt es, daß gerade in diesem Falle unter so erschwerenden Umständen das Gegentheil eingetroffen ist? Man darf nur an die Streikcasen denken, die seit langer Zeit die Organisation geschaffen und die Wege gebahnt hatten, und man erhält den Schlüssel zur Erklärung jener Erscheinung. Durch die Streikcasen sind unsere mit der Hand arbeitenden Classen an Zahlungen für Parteizwecke und Parteinteressen gewöhnt: die Streikcasen haben ihnen auch dann und wann augenblickliche Vorteile, häufig Erfüllung ihrer Forderungen gebracht, auf alle Fälle aber ihr Selbstgefühl und leider manche schlimmen Eigenschaften gefördert. Auf dieser Basis operirten die Agitatoren: den Arbeitern wurden nicht nur größere und entscheidendere Vorteile, sondern vollständige Ummantelung ihres Verhältnisses, dominante Stellung und so fort in Aussicht gestellt, wenn es gelänge, erhebliche Wahlen zu erkämpfen. So ließen sie sich betören zum Frommen des Herrn Frischke und so fort die schwersten Opfer zu bringen und zu zahlen. Lehrt sie die Erfahrung, daß ihre Vertreter im Reichstage, selbst wenn sie deren zwei Dutzend hineinbrächten, ihnen gar Nichts nützen, während gerade die Erfolge der Agitatoren ihre (der Arbeiter) Interessen an allen Ecken und Enden auf das Empfindlichste schädigen, kommen sie zu der Erkenntnis, daß sie nicht nur vergeblich, sondern zu ihrem eigenen Nachtheil gezahlt haben, so wird die socialistische Bewegung bei einiger Wachsamkeit und engerer Blückerfüllung der maßgebenden Factoren und Schichten des Staates schneller fallen, als sie gelingen ist.

Vor Kurzem wurde angedeutet, daß die socialistischen Organe, abgesehen von einigen blüthigen Renommistereien, im Ganzen genommen bei den unläugbaren Erfolgen ihrer Partei einer relativen Mäßigung sich befleißigen. Jetzt, wo das Facit der Wahlen klar vor Augen liegt, wo es sich nicht mehr bestritten läßt, daß die Socialdemokratie zwar mit Erfolg gewählt und einen guten Theil der Massen betört und in ihren Reigen gefangen hat, daß sie aber ihre Successen bei den Wahlen einzig und allein der Indolenz und der Zwitterart der nichtsocialistischen Parteien verdankt, jetzt hat jenes Lob keine Gültigkeit mehr: die puerile Renommisterei und die strafbarste Unaufrichtigkeit gegen die Parteigenossen ist in den socialistischen Organen wieder im vollen Schwange. Nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt soll über die Ergebnisse der Reichstagswahlen, über die Erfolge der Socialisten theils in Furcht und Angst, theils in Siegesjubel sich befinden. Solche Fanfaronaden sind nicht geeignet, die wirkliche Sachlage zu vertuschen: es steht heute fester denn je, daß die Socialdemokratie augenblicklich noch nicht stark genug ist, um staatsgefährlich zu sein, sie ist es weniger sogar als der Ultramontanismus;

sie erfüllt aber zusehend die Massen mit ihrem heillosen Geste, und gerade aus Sorge für diese, für die unheillosesten und schwächsten Schichten der Gesellschaft, muß ihren Bestrebungen aus das Nachdrücklichste entgegengetreten werden. Daß dieser Standpunkt der allein berechtigte ist, zeigen auch wieder die Vorfälle in Elberfeld, die leicht einer Menge Verführer theuer zu stehen kommen dürften: sie zeigen desgleichen ferner, welche Bewandnis es bei den Socialisten mit den Versicherungen der Friedfertigkeit, der Achtung vor dem Gesetz u. dgl. hat: nicht minder eifrig als die „Germania“ behauptet auch der „Vorwärts“: „eine Partei könne nur den passiven Widerstand, ihr liege Nichts ferner als Gewaltthätigkeit.“ In beiden Parteien entsprechen aber die Thaten den Worten gleich wenig; wo immer die socialistischen Agitatoren es vermögen, ihre Getreuen zu Gewaltthaten zu verleiten, thun sie es stets, zum Glück aber gewöhnlich nicht mit der Schaulust, durch welche die eigentlichen Acteurs der ultramontanen Propaganda dem strafenden Arm der Gerechtigkeit sich zu entziehen pflegen.

Ueberblickt man das Wahlorama in seiner Gesamtheit, so erblickt, daß die constitutionelle Staatsform trotz der sorgfältigen Pflege, die ihr die Krone angebeihen läßt, in der Nation unerwartet schwierige Hindernisse zu bekämpfen hat. Wenn aus dieser Thatfache ängstliche Gemüther Beforgnisse schöpfen wollten, so können deren Berechtigung doch nur bedingungsweise zugegeben werden; von Seiten des Kaisers und der Bundesfürsten droht dem Vaterlande wahrlich keine Beeinträchtigung seiner Freiheit, allein Deutschland, das in den Sattel gesetzt ist, muß doch auch selbst reiten. Seine gesunden Elemente müssen sich selber rühren und die Rettung vor der rothen und schwarzen Internationale nicht bloß dem Kaiser und seiner Regierung überlassen; so gewiß diese Rettung im Nothfalle nicht ausbleiben würde, so unwürdig ist es einer großen Nation, immerfort nach mehr Freiheit zu schreien und dabei auf Stog und Weg zu betheiligen, daß man nicht einmal die vorhandene zu tragen und zu gebrauchen vermag.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 30. Januar.

Es war ein denkwürdiger Augenblick in der Geschichte des Hohenzollernhauses, als am Sonnabend im Rittersaale des königlichen Schlosses der Prinz Wilhelm, als ältester Sohn des Kronprinzen der dereinstige Träger der deutschen Kaiserkrone, mit Mantel und Krone des Schwarzen Adlerordens geschmückt wurde. Zum ersten Male vollzog an einem preussischen Prinzen König Wilhelm als deutscher Kaiser die Ceremonie. Unmittelbar zur Rechten des Throns, auf dem der Kaiser saß, stand der Kronprinz; die Kronprinzessin mit den Prinzessinnen-Töchtern wohnte in der Nähe ihres Gemachs der Investitur bei. Zur Rechten des Kaisers und des Kronprinzen standen in ihren Ordensmantele der Prinz Karl, Prinz Alexander, Prinz Friedrich Karl, Prinz August von Württemberg, Prinz Albrecht u. dgl. Mit besonderer Theilnahme ruhten Aller Blicke auf dem Prinzen Wilhelm, der von seinem Vater und dem Prinzen Albrecht als seinen Vahen in den Rittersaal geleitet wurde. Beide schmückten ihn nach abgelegten Geländnis mit dem Mantel. Prinz W. im tro. das an den Thron heran, triete